

Irak

Die neue Phase des Krieges

Joachim Guilliard

Inhaltsverzeichnis

I. Der Irak unter Besatzung.....	3
„Iraqi Freedom“ – eine Bilanz.....	3
Invasion der Konzerne.....	5
Widerstand gegen die Besatzung.....	7
Das „Empire in der Klemme.....	11
II. Neuordnungspläne – Streit um die Hoheit über den Irak.....	14
Internationalisierung der Besatzung.....	14
Die Bürde gemeinsam tragen.....	16
Irak – „Front im Kampf gegen Terrorismus“.....	19
III. Weltherrschaft durch kreative Zerstörung.....	20
IV. Fazit.....	23

Der Autor lebt in Heidelberg, studierte Physik und ist als Statistiker und Softwareberater tätig. Er ist Verfasser zahlreicher Fachartikel zum Thema Irak und Mitherausgeber mehrerer Bücher.

Neueste Buchveröffentlichung: Guilliard/Göbel/Schiffmann (Hg.): Der Irak – ein befreites Land? (Köln, PapyRossa Verlag, 2003), EUR 14,90, ISBN 3-89438-270-8.

Die vorliegende Studie „Irak - Die neue Phase des Krieges“ erscheint in gekürzter Fassung in diesem Buch.

Einleitung

Ende September hatte die CIA ihre Nachforschungen nach irakischen Massenvernichtungswaffen ergebnislos beendet – von den untrüglichen Beweisen mit denen die US-Regierung ihren Krieg gerechtfertigt hatten, keine Spur. Auf der anderen Seite war auch vom „Wiederaufbau“ und der versprochenen Demokratie nichts zu sehen. Auch Monate nach dem offiziellen Ende der Hauptkampfhandlungen hatte sich an der katastrophalen Versorgungslage im Lande nichts grundlegendes geändert. Dafür sahen sich die Besatzungstruppen mit einem immer stärkerem und organisierterem Widerstand konfrontiert, der tägliche Verluste forderte.

Doch kam diese Situation für die Strategen der Bush-Regierung tatsächlich so unerwartet wie es scheint? Welche Optionen bleiben ihnen, um wesentliche Kriegsziele weiter zu verfolgen. Wie stehen die Chancen der europäischen Kriegsgegner, doch noch – formal über eine stärkere Rolle der UNO – eine größere Mitsprache und wirtschaftliche Beteiligung bei der Neuordnung des Iraks zu erhalten? Oder wird am Ende – in einer neuen Phase des Krieges – anstelle einer „Rekonstruktion“ des Landes, wenn auch unter neoliberalen Vorzeichen, die fortgesetzte Dekonstruktion stehen?

Der Irak unter Besatzung

„Iraqi Freedom“ – eine Bilanz

„Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind die Iraker wirklich frei“ schrieb der US-Statthalter im Irak, Paul Bremer, am 13. Juli 2003 in einem Gastbeitrag für die *New York Times*. Das Land sei zwar noch nicht vollständig demokratisch, aber die „Freiheit von Nord nach Süd auf dem Vormarsch.“ Bedauerlicherweise würden diese Fortschritte von einer kleinen Widerstandsgruppe verunglimpft, hinter der aber nur Akteure des ehemaligen Regimes und ausländische Terroristen stünden, die feige „im Verborgenen agieren.“

Die Bilanz der von Bremer gepriesenen „Freiheit“ sieht für die Betroffenen bitter aus. Auch Monate nach Ende der Hauptkampfhandlungen gibt es nur stundenweise Strom und fließendes Wasser und dies bei der glühenden Sommerhitze Mesopotamiens. Lebensmittel und Medikamente sind knapp, Krankenhäuser funktionieren nur eingeschränkt und ein Gesundheitssystem gibt es nicht mehr. Die unter dem Embargo bereits erschreckend angewachsene Kindersterblichkeit, die im Vorjahr bei 57 pro tausend Geburten lag, ist nun auf 103 pro tausend Geburten gestiegen. Somit stirbt aktuell jedes zehnte Kind bei der Geburt.¹ Die Besatzung ist überall spürbar: alle wesentlichen Belange des Lebens regelt die Besatzungsbehörde, die Polizei wird von Ausländern ausgebildet und eingesetzt. Überall auf den Straßen sind die Iraker konfrontiert mit Checkpoints, Betonbarrieren und Stacheldrahtverhauen, sowie demütigenden Kontrollen.

In den Straßen herrscht dennoch die nackte Gewalt: Überfälle, Morde, Vergewaltigungen und Mädchenraub sind allgegenwärtig. Die Zahl, der bei Schießereien getöteten Menschen, ist um das 25-fache gestiegen. Lag die Zahl der monatlichen Schusswaffenopfer in Bagdad im Vorjahr bei zwanzig, so betrug sie im Juni 2003 bereits 389 und stieg im August auf 518.² Robert Fisk, der renommierte Reporter des britischen *Independent*, schätzt auf der Basis von Bagdad und drei weiteren Städte,

¹ „Der Alltag ist unsicher – Bilanz der Besatzung in Irak“, *Frankfurter Rundschau*, 11.10.2003
siehe auch den ausführlichen Bericht von Suzanne Goldenberg, „A land ruled by chaos“, *The Guardian*, 4.10.2003

² Siehe: „Baghdad's Packed Morgue Marks a City's Descent Into Lawlessness“, *Los Angeles Times*, 16.9.2003, sowie „Open War Over: Iraqis Focus on Crime and a Hunt for Jobs“, *New York Times*, 16.9.2003

dass wöchentlich mindestens 1000 Iraker und Irakerinnen bei Überfällen, Streitereien, Racheaktionen etc., sowie durch die Besatzungstruppen getötet werden.³ Dies und der vollständige Zusammenbruch des Sozial-, Schul- und Gesundheitssystems hat eine Situation katastrophalen Ausmaßes geschaffen, die alles bisherige in der leidvollen Geschichte des Landes in den Schatten stellt.

Die Probleme in der Gesundheitsversorgung sind symptomatisch. Sie wurden nach Ansicht einer Sprecherin des Roten Kreuzes vor Ort durch die Entlassung erfahrener Ärzte aus wichtigen Positionen auf Grund ihrer bloßen Mitgliedschaft in der Baath-Partei noch verstärkt. In vielen Bereichen herrsche seither völlige Konfusion. Die zuständigen Besatzungsbehörden sehen sich außerstande, mit den für das zweite Halbjahr zur Verfügung stehenden 210 Millionen US-Dollar – weniger als ein Prozent der Besatzungskosten für diesen Zeitraum – das Gesundheitssystem auf die Beine zu stellen, und hoffen auf die internationale Geberkonferenz, die im Oktober in Madrid geplant ist.⁴ Ein Teil der knappen Mittel wird zudem durch die Einführung US-amerikanischer Standards verschlungen, die den Austausch der bisher gebräuchlichen europäischen Geräte durch entsprechende aus den US-amerikanischer Fertigung erfordern.

Ähnliche Probleme herrschen auch in anderen Bereichen. So werden für die Reparaturen an Kraftwerken, Telefonnetzen usw. nicht die europäischen Firmen herangezogen, die sie gebaut haben.⁵ Auch irakische Firmen bleiben außen vor, obwohl der Irak über eine große Zahl gut ausgebildeter Fachleute und Ingenieure verfügt. Diesen war es nach dem Krieg 1991 trotz Embargo relativ schnell gelungen, die wesentlichsten Teile der Infrastruktur wieder in Gang zu bringen. Die Besatzungsbehörde vergibt die Arbeiten aber fast ausschließlich an US-Konzerne, auch wenn diese ein Vielfaches von dem kassieren, was irakische Unternehmen dafür veranschlagten.⁶ Die US-Firmen greifen zudem häufig auf eigenes Personal zurück oder holen asiatische Arbeiter ins Land.⁷ Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit, die weit über 60% liegt, ist unter diesen Umständen nicht zu erwarten.

Die chaotischen Verhältnisse im Irak waren zunächst eine direkte Folge davon, wie und mit welchem Ziel der Krieg geführt wurde. Er ging bekanntlich nicht um konkrete Streitpunkte zwischen zwei Kriegsparteien, die es der unterlegenen Partei erlaubt hätten, nachzugeben oder zu kapitulieren. Das proklamierte Ziel war der Sturz der herrschenden Regierung. Es ging aber nicht um eine bloße Übernahme der Macht: Im Stile einer klassischen Eroberung sollte die alte Staatsführung physisch ausgeschaltet und der bestehende Staatsapparat zerschlagen werden.

Dem Zusammenbruch des alten Regimes folgten Plünderungen und systematische Brandschatzungen, die von den Invasoren nicht behindert, sondern vielen Berichten zufolge sogar gefördert wurden.⁸ Sofort unter strengster Bewachung standen das Ölministerium und auch die Anlagen der Ölindustrie des Irak – deutliche Zeichen, um was es den Eindringlingen tatsächlich geht. Ein großer Teil des kulturellen Erbes und die meisten staatlichen Einrichtungen aber, fielen den Zerstörungen zum Opfer: Museen, Bibliotheken, Ministerien, Krankenhäuser und Universitäten wurden ein Raub der Flammen, „die gesamte Infrastruktur einer Nation, die wir angeblich aufbauen

³ Robert Fisk, „Secret slaughter by night, lies and blind eyes by day“, *The Independent*, 14.9.2003

⁴ „Long Road to Recovery For Baghdad Hospitals“, *Washington Post*, August 17, 2003

⁵ Alain Gresh, „Falsche Vorstellung“, *Le Monde Diplomatique*, September 2003

⁶ Siehe Tagebuchnotiz v. 28.8.2003 unter „Baghdad Burning“, <http://riverbendblog.blogspot.com>

⁷ David Bacon, „In Iraq, Labor Protest is a Crime“, *Counterpunch*, August 24, 2003, <http://www.counterpunch.org/bacon08252003.html>

⁸ Siehe auch Walter Sommerfeld, „Land unter Schock – Der Irak nach dem Krieg“, http://www.embargos.de/irak/irakkrieg2/berichte/land_unter_schock_sommerfeld.htm

wollen“, so Robert Fisk.⁹ Viele arabische Kommentatoren zogen die Parallele zum Sturm Bagdads durch die Mongolen.¹⁰ Die systematischen Zerstörungen machten den Weg frei für eine völlige Neuordnung des Irak gemäß US-amerikanischen Vorstellungen und Interessen.¹¹

Invasion der Konzerne

Paul Bremer beklagte sich in einem Interview über die Ungeduld der Iraker. „Nach 35 Jahren politischem und ökonomischem Missmanagement“ unter dem Baath-Regime, „könne man die Probleme nicht innerhalb dreier Wochen oder Monate lösen.“ Das mag zwar US-Bürgern einleuchten, Irakern kaum, die die USA für die weitgehende Zerstörung ihrer Infrastruktur durch zwei Kriege und das Embargo verantwortlich machen. Sie müssen nun zudem hilflos mit ansehen, wie der Ausverkauf ihres Landes beginnt. „Der fürchterliche Angriff auf das Leben der Iraker durch Streubomben“, könnte, so der pakistanische Journalist Humeira Iqtidar, „von der großräumigen Enteignung in den Schatten gestellt werden, welche ihnen durch die Privatisierung droht: nicht nur ihrer Ölressourcen, sondern auch von Gesundheitsdiensten, Wasser, Elektrizität, Transport, Erziehung, Pharmazie und Telekommunikation.“¹²

In der Tat sollen alle staatlichen Betriebe und Einrichtungen, einschließlich der Grundversorgung, wie z.B. Wasser, privatisiert, d.h. an ausländische Konzerne übergeben werden. Die *Washington Post* sprach daher auch von der größten „feindlichen Übernahme“ der Geschichte. Die landwirtschaftliche Bewässerung beispielsweise wurde bereits in die Hände der Bechtel Group gelegt, die sich mit dem Vertrag für den Wiederaufbau der irakischen Infrastruktur nicht nur Milliardenereinnahmen, sondern auch eine beherrschende Stellung im Land sicherte.¹³

Die Pläne für die völlige Umgestaltung des Landes waren schon lange vor dem Krieg detailliert ausgearbeitet worden. In einem hundertseitigen Papier des US State Department („Moving the Iraqi Economy from Recovery to Sustainable Growth“) wird ausführlich beschrieben, wie beispielsweise die irakischen Gesetze umzuschreiben sind, inklusive genauer Formulierungen der zukünftigen Steuergesetze und Copyright-Bestimmungen oder wie der Banksektor übernommen werden soll. Sogar an den Entwurf eines Antrags des Iraks auf Mitgliedschaft in der WTO wurde gedacht.¹⁴ Auch die detaillierte Kostenaufstellungen für die beim US-Kongress beantragten Gelder für den „Wiederaufbau“ zeigen, dass sich die USA im Irak eine Kolonie nach ihrer Fassung zurecht zimmern möchten: die Liste geht von der Änderung des Postsystems und die Einführung eines US-ähnlichen ZIP-Codes bis zum Bau zweier Hochsicherheitsgefängnisse.¹⁵

Obwohl das geltende Völkerrecht Besatzungsmächten verbindlich vorschreibt, die vorhandenen Gesetze und gesellschaftlichen Strukturen zu respektieren und die

⁹ Siehe J. Guilliard, „Die Kolonisierung des Iraks im Geiste der Conquista“, *jungen Welt* v. 5/6.5.2003

¹⁰ Kareem M. Kamel, „From Mongols to Marines: The New Ugly Empire“, *Islam Online*, 15.4.2003

¹¹ Auch aus den kurdischen Provinzen wird berichtet, dass Betriebe, Lagerhallen etc., die bereits von kurdischen Verbänden gesichert worden waren, von der US-Armee übernommen und dann zur Plünderung freigegeben worden waren. Die Kurden sehen dahinter, so ein Mitarbeiter der im Nordirak tätigen Hilfsorganisation Haukari, die Strategie, die ökonomischen Bindungen zu Europa zu lockern, da der Wiederaufbau der zerstörten Betriebe nun ausschließlich mit US-amerikanischen Produkten erfolgt (Bernhard Winter, „Der Irak vom Norden aus betrachtet“, in: *analyse&kritik*, 15.8.2003)

¹² Humeira Iqtidar, „Celebration in Iraqi streets“, *ZNet*, April 23, 2003, (auf deutsch unter <http://www.zmag.de/article/article.php?id=611>)

¹³ „Bechtel wins contract prize“, *The Guardian*, April 18, 2003, siehe hierzu auch Rania Masri: „Auf- oder Abbau des Irak“, <http://zmag.de/article/article.php?id=739>

¹⁴ Siehe „Bush Officials Draft Broad Plan For Free-Market Economy in Iraq“, *Wall Street Journal*, 1.5.2003 und „Privatising“, *Baghdad Bulletin*, August 31st, 2003

¹⁵ „Bush Paper Details Iraq Spending Plan“, *AP*, 23.9.2003

Wirtschaft treuhändlerisch zu verwalten, bis eine neue souveräne Regierung im Amt ist,¹⁶ wurden bereits Dutzende staatlicher Unternehmen und Ministerien zum Ausverkauf ausgewählt.¹⁷

Auf dem *World Economic Forum* im Juni hatte Bremer seine „Schocktherapie“ für den Irak angekündigt. Durch die Öffnung der Grenzen des Iraks soll der Konkurrenzdruck erhöht und so – in Verbindung mit Subventionsstreichungen – die irakischen Firmen zu Produktivitätssteigerungen gezwungen werden.¹⁸ Den durch das Embargo ohnehin stark angeschlagenen Unternehmen droht wie auch den Bauern, wenn sie ungeschützt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt werden, der endgültige Ruin. Der Abbau von Subventionen zielt zudem auf die Sozialprogramme des alten Regimes, das mit Hilfe der Öl-Einnahmen die Preise für Basisgüter und Dienstleistungen gesenkt hatte.¹⁹

Krieg und die Engpässe an Energie und damit Wasser haben auch die diesjährige Ernte stark dezimiert, aufgrund fehlenden Treibstoffs konnten davon oft nur Bruchteile eingefahren werden. Die von der Besatzungsbehörde eingesetzte Übergangsverwaltung kündigte an, die staatlichen Zuwendungen im kommenden Jahr zu halbieren. Da das Bankensystem zusammenbrach, wird es auch keine Kredite geben. Ein Großteil der Bauern und landwirtschaftliche Genossenschaften steht somit vor dem Aus. Bereit stehen hier schon die aus dem Exil heimkehrenden ehemaligen Großgrundbesitzer und die großen US-Agrarkonzerne, die mit Daniel Amstutz einen aus ihren Vorständen als US-Beauftragter für das Agrarwesen im Irak haben.²⁰

Ende September erließ Paul Bremer mit der Verfügung Nr. 39 ein entsprechendes Wirtschaftsprogramm: Ausländer können nun irakische Unternehmen zu 100 Prozent übernehmen. Ausnahme ist die Öl- und Gaswirtschaft, die weiterhin einem von den USA geführten Fonds unterstellt bleibt. Profite können ohne Abzüge unmittelbar ins Ausland transferiert werden. Einkommens- und Körperschaftssteuern werden zunächst nicht erhoben und später maximal 15 Prozent betragen. Sechs ausländische Banken bekamen den Zuschlag in den nächsten Jahren die irakischen Finanzinstitute komplett zu übernehmen. Einheimische Wirtschaftsexperten, wie der Chef der Commercial Bank of Iraq, Mohammad Dragh, lehnen das Programm ab. Doch die Iraker werden nicht gefragt. Dies sei kein Vorschlag, sondern Gesetz, stellte ein US-Beamte gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters* klar: „In einem Land wie Irak kann man Geld machen.“²¹ „Kriegsbeute“ nennt dies Brian Whitaker vom britischen *Guardian*, „das moderne Äquivalent zur Plünderung“ eines eroberten Landes in früheren Zeiten.²²

„Der besetzte Irak“, so Naomi Klein, „wird in ein perveres Versuchslabor für eine freischwebende Freie Marktwirtschaft verwandelt, so wie Chile für Milton Friedmans ‚Chicago boys‘ nach dem Putsch 1973. Friedmann nannte es ‚Schockbehandlung‘, obwohl es eher, genau wie im Irak, ein bewaffneter Raubüberfall auf durch Bomben Geschockte war.“²³

¹⁶Siehe Artikel 42ff der Haager Landkriegsordnung von 1907, sowie: „Spoils of war“, *The Guardian*, 13.10.2003

¹⁷ Rania Masri a.a.O.

¹⁸ Siehe das Transkript der Rede unter <http://www.centcom.mil/CENTCOMNews/transcripts/20030604.htm>

¹⁹ "During [Saddam] Hussein's 24 years as president, he and his Baath Party drew on Iraq's oil wealth to subsidize the cost of basic items, creating something like a welfare state." ("Bremer Shifts Focus to New Iraqi Economy", *Washington Post*, May 27, 2003)

²⁰ Jefferey St. Clair, "The Looting Of Iraq's Fields", *Eat The State*, July 2003, sowie: "Iraq planning sweeping shake-up of farm sector", *Financial Times*, 26.9.2003

²¹ Karl Grobe, "Ausverkauf der irakischen Wirtschaft", *Frankfurter Rundschau*, 23.09.2003

²² "Spoils of war", a.a.O.

²³ Naomi Klein, "Free Trade Is War", *The Nation*, 29.9. 2003

„Der Krieg ist nicht vorbei“ urteilt daher zurecht die in Beirut geborene US-Wissenschaftlerin Rania Masri. „Der Krieg ist gerade erst in eine andere Phase gewechselt. Phase I war der Golfkrieg 1991. Phase II waren die zwölfjährige andauernden Sanktionen. Phase III war die Bombardierung und Invasion des Iraks im Jahr 2003. Phase IV, der derzeitige Krieg, ist die Besetzung des Iraks und die Invasion der Konzerne.“²⁴

Widerstand gegen die Besetzung

Folgerichtig wächst der aktive Widerstand in der Bevölkerung – neben Demonstrationen, Verweigerung der Mitarbeit und anderen Formen zivilen Widerstands, sehen sich die Besatzungstruppen einem regelrechten Guerillakrieg gegenüber, der ihnen tägliche Verluste zufügt und effektiv die Wiederaufnahme des Erdölexportes behindert. Bis Ende September hatten diese Angriffe weit über 1500 Tote und Verwundete unter den britischen und amerikanischen Soldaten gefordert.²⁵ Im pfälzischen Landstuhl landeten 6.684 Patienten, die in den Lazaretten im Irak nicht ausreichend versorgt werden konnten, 5.377 davon nachdem Präsident Bush am 1. Mai das Ende der Hauptkampfhandlungen verkündet hatte.²⁶ Die Gesamtzahl der Soldaten, die schwer verwundet, verstümmelt oder psychisch traumatisiert in die USA zurückkehrten, summierte sich Presseberichten zufolge bereits im August auf weit mehr als 8.000.²⁷ Insgesamt 357 alliierte Soldaten waren bis 1. Oktober im Irak gefallen – ohne moderne Schutzausrüstung und die großen Fortschritte in der Militärmedizin, wäre diese Zahl sogar noch um vieles höher.²⁸

Nach Angaben des Kommandeurs der Besatzungstruppen im Irak, General Sanchez waren die US-Soldaten im September mit 20 bis 30 Angriffen täglich konfrontiert.²⁹ Robert Fisk berichtete sogar von bis zu 60 Angriffen pro Nacht in Bagdad.³⁰ Und die Guerilla wird stärker und effektiver, wie auch General Sanchez einräumen musste. So starben am 18. September elf US-Soldaten in einer Nacht, als bei El Chalidija nach einem ersten schweren Angriff auf einen US-Konvoi, die zu Hilfe eilenden Einheiten in einen weiteren Hinterhalt gerieten.³¹

Während die Zahl der toten US-Soldaten genau erfasst ist und in den Medien Beachtung findet, gibt es auch nach Kriegsende keine Statistiken darüber, wie viele Iraker bei Razzien, Demonstrationen oder durch Überreaktionen und Rücksichtslosigkeit angelsächsischer Soldaten ums Leben kamen. Die Besatzungsbehörden verweigern auch dem Roten Kreuz jegliche Auskunft darüber.³²

Wenn auch die Verluste schmerzhaft sind, stellt die Guerilla im Irak das Pentagon rein militärisch noch vor keine größeren Probleme. Auch wenn das von US-Politikern und Militärs ungern gehörte „Vietnam“ immer häufiger fällt, so sind die Verhältnisse im besetzten Zweistromland davon noch weit entfernt. „Um es derb zu sagen: ich denke, dass das Land das aktuelle Niveau von Verlusten akzeptieren kann“, meinte

²⁴ Rania Masri, a.a.O.

²⁵ Siehe: „US wounded in the shadows“, *Asia Times*, 2.10.2003 und „Resistance Has Changed the Balance of Power in Iraq“, *The Guardian*, 28.9.2003

²⁶ „U.S. Commander Outlines Iraqi Attacks on Forces“, *Washington Post*, 2.10.2003

²⁷ Jürgen Rose, „Sag´, wo die Soldaten sind ...“, *FREITAG*, 3.10.2003 und Bill Berkowitz, „Wounded, Weary And Disappeared“, *tompaine.com*, Aug 28 2003

²⁸ „US wounded in the shadows“, a.a.O, sowie: „Number of Wounded in Action on Rise“, *Washington Post*, September 2, 2003

²⁹ „U.S. Commander Outlines Iraqi Attacks on Forces“, *Washington Post*, 2.10.2003

³⁰ Robert Fisk, „Secret slaughter by night, lies and blind eyes by day“, *The Independent*, 14.9.2003

³¹ „8 U.S. Soldiers Killed in West Baghdad“, *Islam Online*, 18.9.2003

³² „Farah tried to plead with the US troops but she was killed anyway“, *The Observer*, 7.9.2003

daher der Militärexperte Richard Stoll von der Rice University im texanischen Houston.³³

Die Situation ist für die Besatzer dennoch schwieriger, als sie zugeben wollen. Die bewaffneten Aktionen werden nicht nur, wie sie gern glauben machen möchten, von versprengten Resten der Sicherheitskräfte des alten Regimes oder zugereisten religiösen Fanatikern getragen, sondern von einer Vielzahl unterschiedlich zusammengesetzter Gruppen und Organisationen. Sie sind vor allem aber auch konfrontiert mit einer prinzipiell feindseligen Stimmung in der Bevölkerung, die sich in gewaltfreien Protestaktionen, aber zunehmend auch in Ausbrüchen spontaner Gewalt äußert. Bilder von Anwohnern, die voll Genugtuung die Zerstörung von Militärfahrzeugen feiern, gehen um die Welt. Als ein Beispiel für die Stimmung im Land, schilderte Elias Bierdel, Vorsitzender der Hilfsorganisation „Cap Anamur“ in einer Rundfunksendung einen Vorfall, der sich im Juni, während seines Aufenthalts im Irak, ereignete: Ein US-Militärfahrzeug war in einen gewöhnlichen Autounfall verwickelt worden. Als die beiden US-Soldaten aus ihrem Fahrzeug stiegen, wurden sie von der aufgebracht Menge erschlagen.³⁴

Die meisten Stadtviertel sind für die Besatzungstruppen Feindesland. „Auf der Feindseite der Brücke“ antwortete auch ein GI, der von US-Journalisten nach seinem Standort befragt wurde. Die GIs begegnen der aus ihrer Sicht so undankbaren Bevölkerung ebenfalls aggressiv: rüder Ton und obszöne Ausdrücke herrschen im Umgang mit den „Befreiten“ vor.³⁵ Die „Feindseligkeit der örtlichen Bevölkerung gegenüber dem U.S. Militär“, beschränkt auch, so der private US-amerikanische Nachrichtendienst *Stratfor*, dessen Möglichkeiten „sich Informationen über die Guerillas zu verschaffen oder wenigsten zwischen Guerillas und durchschnittlichen Irakern unterscheiden zu können.“³⁶

Die Ablehnung der angelsächsischen Besatzung ist unabhängig von der Gegnerschaft zum alten Regime: „Es ist wahr, es war ein schreckliches Regime, aber es gab einen funktionierenden Staat,“ so der Tenor vieler Äußerungen gegenüber ausländischen Journalisten.³⁷

Noch unterstützt nur eine Minderheit aktiv den militanten Widerstand. Müde und zermürbt von den Kriegen und den Sanktionen, streben die meisten Iraker hauptsächlich nach einer spürbaren Besserung der verheerenden Lebensumstände, vor allem nach Ruhe und Sicherheit. Doch wie auch UN-Mitarbeiter warnen, verlieren immer mehr Menschen die Geduld und könnten bald bereit sein, ebenfalls bewaffnet gegen die Besatzer vorzugehen.³⁸

Der *Sydney Morning Herald* sieht bereits „eine wachsende Basis für eine Palästina- oder Belfast-ähnliche Verbundenheit mit dem Widerstand“: eine zentral gesteuerte Bewegung, „die von Nationalismus ebenso getragen wird, wie von der Moschee ... eine Bewegung die Saddam und seine Baath-Partei hinter sich gelassen“ habe und bereits ausländische Gelder für ihr Bemühen erhalte, die US-Armee aus dem Land zu werfen.³⁹

Ulrich Ladurner, der für die Wochenzeitschrift *Die Zeit* aus dem Irak berichtet, zeigt an Hand mehrerer Beispiele, wie stark die Sympathien für die Guerilla mittlerweile sind. „Die Amerikaner sind Barbaren, sie schauen auf uns herab wie auf Tiere,“ so

³³ „Bring us home: GIs flood US with war-weary emails“, *Observer*, 10.8.2003

³⁴ In der Rundfunksendung „Leute“ auf SWR1 am 2.7.2003

³⁵ Robert Fisk, „Secret slaughter by night...“ a.a.O.

³⁶ „Iraq: Guerrillas Shift Tactics To Tie U.S. Forces Down“, *Stratfor*, 20.8.2003

³⁷ Wasil al-Shameli gegenüber Suzanne Goldenberg, „A land ruled by chaos“ a.a.O.

³⁸ „U.N. Official: Iraqis Ready to Turn on U.S. Troops“, *Reuters*, August 13, 2003

³⁹ „Inside the resistance“, *Sydney Morning Herald*, August 16, 2003,

<http://www.smh.com.au/articles/2003/08/15/1060936052309.html>

der Eindruck direkt von Aktionen der Besatzungsmächte Betroffener. Militanter Widerstand ist nach Ladurners Ansicht daher meist eine Reaktion auf konkrete lokale Ereignisse.⁴⁰

Die stärker und militanter werdende Opposition gegen die Besatzung, kommt in den verschiedensten Schattierungen daher, stellt die *International Crisis Group* (ICG) in einem Memorandum fest.⁴¹ Neben den auf Stammesstrukturen und Moscheen basierenden Organisationen, gibt es auch die Gruppierungen, die sich aus den Resten des gestürzten Regimes rekrutieren oder anderen säkularen, patriotischen und linken Organisationen angehören. Erfahrene ehemalige Militärangehörige finden sich in allen Organisationen, ein Grund für den hohen Grad an Professionalität. Falls sich die Situation nicht rasch ändert, so die ICG, könnten die Unterschiede zwischen den Gruppierungen bald verblassen und sich auch radikale Schiiten in den Kampf stürzen.

Der Widerstand ist auch nicht auf Bagdad und das sogenannte „sunnitische Dreieck“, die Region westlich und nördlich von Bagdad, beschränkt. Aktionen werden auch aus dem schiitischen Süden gemeldet. Die Guerillaaktivitäten sind dort allerdings deutlich geringer. Hier hatten unmittelbar nach Zusammenbruch der alten Staatsmacht in vielen Städten schiitische Organisationen oder der Klerus die lokale Kontrolle übernommen. Die Schiiten hatten im Südirak seit 1998 weitgehende Autonomie bei der Wahrung ihrer inneren Belange erhalten, die die religiösen Kräfte zur Ausweitung ihres Einflusses in der Bevölkerung gut genutzt hatten. Dies half ihnen das Machtvakuum rasch zu füllen. Auch weniger religiöse Iraker waren in einer Gesellschaft, wo aufgrund des Embargos, 60% der Bevölkerung vollständig von der Lebensmittelverteilung des Staates abhingen, bereit, sich nach dessen plötzlichen Zusammenbruch den religiösen Führern unterzuordnen. Über die Moscheen verfügten diese über eine Organisationsstruktur, die sich sowohl bei der Verteilung von Hilfsgütern und anderen sozialen Aufgaben, als auch bei der Bildung von Selbstschutzgruppen zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung bewährten. So gab es beispielsweise in den von ihnen kontrollierten Städten Nadjaf und Kerbela keine Plünderungen. Gestiegen ist allerdings dadurch auch der Druck auf alle Mitbürger, sich an die strengen islamischen Regeln zu halten.⁴²

Auch wenn ein Großteil der Schiiten gegen das Baath-Regime eingestellt war, verurteilte die Mehrheit den Krieg und lehnt die Besatzung strikt ab. Die meisten ihrer Führer wenden sich im Moment aber noch gegen bewaffnete Aktionen und bauen – im Vertrauen auf ihre zahlenmäßige und organisatorische Stärke – ihre Machtbasis und Infrastruktur weiter aus. Der Druck auf die Besatzer, die schiitischen Organisationen real an der Macht zu beteiligen, steigt: falls dem nicht nachgegeben wird, drohen nach Ansicht vieler Beobachter, Volksaufstände, die mit den aktuell verfügbaren Truppen schwer unter Kontrolle zu bringen wären.⁴³

Mit Besorgnis registrieren die Besatzungsmächte auch Ansätze einer Koordination zwischen einflussreichen sunnitischen und schiitischen Kräften. So berichtete die *Washington Post* von einer engeren Zusammenarbeit des jungen und radikalen Geistlichen Muktada al-Sadr mit dem angesehenen sunnitischen Religionsführer Ahmed al-Kubeisi aus Bagdad. Kubeisi ein charismatischer Führer und Angehöriger

⁴⁰ Ulrich Ladurner, "Die Amerikaner sind Barbaren", *DIE ZEIT*, 42/2003

⁴¹ ICG, "Governing Iraq", 25.8.2003. Die „Int. Crisis Group“ ist ein multinationales Expertengremium, dem viele ehem. hochrangige Politiker, wie Oscar Arias, Martti Ahtisaari und Zbigniew Brzezinski, prominente Wissenschaftler und Militärs, wie z.B. der ehem. US-Generalstabschef Wesley Clark und Konzernchefs angehören und das auf eine starke NATO orientiert ist.

⁴² Siehe ICG, "Iraq's Shiites under occupation", 9.9.2003, sowie Walter Sommerfeld, "Land unter Schock ...", a.a.O.

⁴³ "U.S. Counterinsurgency Strategies in Iraq", *Stratfor*, Jul 07, 2003

eines bedeutenden Clans, hat auch schon mehrfach, zur „Festigung der Einheit der Muslime“, Anhänger beider Konfessionen zu gemeinsamen Gebeten aufgerufen.⁴⁴ Al-Sadr, Sohn des angesehenen Religionsführer Ayatollah Sadeq as-Sadr, der 1999 hingerichtet wurde, ist mit seinen 30 Jahren zu jung, um als religiöse Autorität zu gelten. Er verfügt aber über das Netzwerk von Sozialeinrichtungen, Schulen und Moscheen seines Vaters und seine radikale Haltung gegenüber den Besatzern hat ihm darüber hinaus eine große Anhängerschaft unter den jungen und armen Muslimen verschafft. In den Armenvierteln Bagdads und Basras, deren Bevölkerung am stärksten unter den Verhältnissen seit Kriegsbeginn leiden, gilt seine Organisation als führende Kraft. Auf seinen Aufruf an alle schiitischen Männer, sich für eine unabhängige schiitische „Armee des Mahdi“ zu melden, haben sich Medienberichten zufolge bereits eine Million als Freiwillige in die entsprechenden Listen eingetragen.⁴⁵ Diese „Armee“ steht vorwiegend noch auf dem Papier. Westlichen Journalisten gegenüber gaben sich Aktivisten dieser „Armee“ allerdings recht kampfbereit und wiesen darauf hin, dass jeder zu Hause seine privaten Waffen habe.⁴⁶ Anfang Oktober kam es im Madinat-Sadr, einem schiitischen Stadtteil von Bagdad, zu ersten bewaffneten Zusammenstößen mit US-Truppen.⁴⁷ Die US-Militärs haben Al Sadr mehrfach gedroht, den Bogen nicht zu überspannen. Davor, ihn festzunehmen, scheuten sie bisher zurück. In Nadjaf kam es im Juli zum Aufstand, als die Nachricht umging, US-Truppen würden das Haus des aufrührerischen Imams einkreisen.

Anfang Oktober meldete die „Nationale Front zur Befreiung des Irak“ dass es gelungen wäre, Widerstandsgruppen aus mehr als einem Dutzend größerer Städte und Provinzen unter einer einheitlichen Führung zusammen zufassen. Sie deutete dabei an, dass Kontakte auch zu baathistischen Gruppierungen bestünden, die nicht loyal zum gestürzten Präsidenten Saddam Hussein stehen.⁴⁸

Der irakische „Prokonsul“ Paul Bremer III, der Mann, der im Irak passender Weise im „Geschäftsanzug und Kampfstiefen“ (Robert Fisk) auftritt, schlägt angesichts der eklatanten Undankbarkeit seiner Untertanen schärfere Töne an. Von „irakischer Freiheit“ ist da keine Rede mehr: „Wir werden sie [die Widerstandskämpfer] bekämpfen und ihnen unseren Willen aufzwingen und wir werden sie fassen ... oder töten, bis wir unser Gesetz und Ordnung im Land durchgesetzt haben. Wir dominieren das Geschehen und werden dem Land unseren Willen aufzwingen.“⁴⁹

Diese Einstellung bekommen weite Teile der Bevölkerung unmittelbar zu spüren. Großangelegte Razzien, willkürliche Gefangennahmen, Erschießungen und regelrechte Menschenjagden sind an der Tagesordnung. Selbst vor Geiselnahme schrecken die Besatzungstruppen nicht zurück, um Gesuchte zu zwingen, sich zu stellen.⁵⁰ Anschläge auf Besatzungstruppen werden mit regelrechten Strafaktionen gegenüber der Bevölkerung am Ort des Geschehens beantwortet.

Immer wieder fordert auch das gewaltsame Vorgehen gegen Demonstrationen, Tote und Verletzte. Amnesty International wirft den US-amerikanischen und britischen Truppen in einem Memorandum zudem vor, Tausende irakische Gefangene ohne Anklage und unter entsetzlichen Bedingungen festzuhalten: Die Gefangenen müssen

⁴⁴ „Iraqi Clerics Unite in Rare Alliance - U.S. Fears Shiite, Sunni Cooperation Will Bolster Resistance“, *Washington Post*, August 17, 2003

⁴⁵ Karl Grobe, „Die Helfer im Visier“, *Frankfurter Rundschau*, 20.08.2003

⁴⁶ „Iraqis flock to Mahdi's Shia army“, *Daily Telegraph*, 6.8.2002

⁴⁷ „U.S., Shiites Disagree on Iraqi Clash“, *AP*, 10.10.2003

⁴⁸ „Iraqi Resistance Groups Form Unified Command“, *Islam Online*, 2.10. 2003, <http://www.occupationwatch.org/article.php?id=1181>

⁴⁹ Bremer am 26.06.2003, zitiert nach „Resistance in Iraq, disarray in the U.S.“, *Frontline*, August 02 - 15, 2003

⁵⁰ Besatzer nehmen Geiseln - Drastische Fahndungsmethoden im Irak, junge Welt vom 30.07.2003

in Zelten oder sogar unter freiem Himmel bei Tagestemperaturen von mehr als 50 Grad ausharren; sie werden mit lauter Musik beschallt und zu schmerzhaften Körperhaltungen gezwungen; die Wasserrationen sind so knapp, dass sich die Gefangenen oft wochenlang nicht waschen können. Auch von härteren Folterungen wird berichtet: von stundenlangem Prügeln, ausgeschlagenen Zähnen und Misshandlungen mit Elektroschocks.⁵¹

Das „Empire“ in der Klemme

"Irak könnte für Amerika das werden, was Afghanistan für das sowjetische Imperium war", befürchtet der Historiker Michael Ignatieff von der Harvard Universität.⁵² Zumindest müssen die Falken in Washington eine Reihe hochfliegender Pläne vorerst zur Seite legen. So sollte der Irak nach den Vorstellungen der „Neokonservativen“⁵³ nach der Eroberung Ausgangsbasis für Neuordnungspläne in der gesamten Region sein. Stattdessen wird nun die Besetzung des Zweistromlandes für lange Zeit erhebliche militärische Ressourcen binden.

Ein weiteres wichtiges Ziel war die Demonstration der US-amerikanischen Macht. Der Beweis ihrer Fähigkeit, ein Regime nach Gutdünken stürzen zu können, sollte eine wirksame Ausstrahlung auf die arabisch-islamische Welt entfalten, und eine gesellschaftliche Transformation im Sinne der USA im gesamten Mittleren Osten einleiten. Doch allein die Tatsache, dass es der britisch-amerikanischen High-Tech-Armee nicht gelingt, die Guerilla-Aktivitäten einzudämmen, untergräbt die Wahrnehmung, die die USA gerne mit diesem Krieg von sich verbreitet hätten – die einer allmächtigen Supermacht, die die Verhältnisse vor Ort nach ihrem Willen formen kann.

Ein unmittelbarer Problem ist die recht effektive Sabotage des Exports irakischen Öls. Hatte man doch in Washington und in vielen Konzernzentralen gehofft, die Wiederaufnahme der Ölexporte würde rasch erhebliche Summen für den „Wiederaufbau“ – richtiger Umbau – des Iraks einbringen. Ursprünglich schätzte die Bush Administration, dass die Ölexporte innerhalb von zwei Wochen nach Ende des Krieges wieder auf das Vorkriegsniveau gebracht werden könnten.

Regelmäßige Anschläge auf die Pipeline von Kirkuk nach Ceyhan in der Türkei, die für eine Million Barrel am Tag (bpd)⁵⁴ ausgelegt ist, verhinderten bisher den Abtransport des wertvollen Rohstoffs aus dem Norden nahezu vollständig.⁵⁵ Das alte Regime konnte sich bei der Überwachung der Öl-Leitungen auf die örtlichen Stämme stützen. Alle Appelle der Besatzungsbehörden an die lokalen Stammesführer hingegen, ihnen für einen gewissen Obolus, beim Schutz der Pipeline zu helfen, waren aber bisher ohne Erfolg. Die zum Schutz der Pipeline beauftragte US-amerikanische Sicherheitsfirma, sah sich daher gezwungen die Zahl ihrer Wachmänner von 5.000 auf 11.500 zu erhöhen.⁵⁶

Auch in der Mitte und im Süden Iraks beeinträchtigen Anschläge auf Pipelines und Sabotage an der Stromversorgung die Arbeit von Raffinerien und den Export von Erdöl. Mitte August lag der Export 30% unter dem, für den Süden anvisierten Ziel.

⁵¹ „Iraq - Memorandum on concerns relating to law and order“,

<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGMDE141572003?open&of=ENG-IRQ>

⁵² Michael Ignatieff, „Why Are We In Iraq? (And Liberia? And Afghanistan?)“, *New York Times*, 7.9.2003

⁵³ So genannt, weil sich diese rechtsgerichteten Kreise von den eigentlichen Konservativen durch ihre Ideologie eines ungezügelter Interventionismus stark unterscheiden

⁵⁴ Ein Barrel sind 159 Liter

⁵⁵ Siehe Robert Fisk, „Oil, War and Panic“, *The Independent*, 1.10.2003 und „Iraq: Pipeline Sabotage and Reconstruction Concerns“, *Stratfor*, 18.8.2003

⁵⁶ „Sabotage Derails Iraqi Oil Supply - Pipeline Blown Up Days After Opening“, *Washington Post*, August 17, 2003

Durch den Ausfall im Norden, erreicht das gesamte Exportvolumen noch nicht einmal die Hälfte der vorgesehenen Menge von 1,2 Mio. bpd.⁵⁷

Der Widerstandsbewegung gelingt es somit recht gut, den Raub des irakischen Ölreichtums zu beschränken. Das anvisierte Ziel der USA, den Export rasch wieder auf das Vorkriegsniveau von 2,8 Millionen bpd zu heben und damit ihre Kriegskasse zu füllen, liegt somit noch in weiter Ferne, ebenso wie eine baldige spürbare Entlastung der US-amerikanischen Steuerzahler. Selbst eine Exportquote von einer Million bpd würde erst knapp 150 Millionen netto pro Woche einbringen, weit entfernt also von der Milliarde, die Washington jede Woche allein für die Besetzung ausgeben muss.

Präsident Bush sah sich gezwungen, vom Kongress weitere 87 Milliarden Dollar für die Besetzung und Wiederaufbau im Irak und Afghanistan zu fordern. Eine gewaltige Summe, die, wie Kritiker in den USA anmerkten, deutlich über den Ausgaben von Bushs Regierung für Bildung in diesem Jahr liegt, und das Haushaltsdefizit zum erstenmal auf mehr als eine halbe Billion Dollar anwachsen lässt.⁵⁸

Die USA beherrschen nun 12 Prozent, vielleicht sogar 25 Prozent der Ölreserven der Welt, können es aber nicht sprudeln lassen. Die erforderlichen Investitionen sind gigantisch, und könnten eine Wirtschaftskrise in den USA erzeugen. Das, so Robert Fisk, bringe die Bush-Administration weit mehr in Panik als die Guerilla. „Sie haben die Hand auf der größten Schatztruhe der Welt, können den Deckel aber nicht öffnen“⁵⁹

Tägliche Raketenangriffe auf Flugzeuge verhinderten bisher auch die Wiedereröffnung der Flughäfen von Bagdad und Basra für den Linienverkehr. Ein von General Ricardo Sanchez, dem Kommandeur der Besatzungstruppen im Irak, vorgestelltes Programm beweist deren Hilflosigkeit dagegen: Um das Risiko für ihre Flugzeuge zu reduzieren, würden sie, so Sanchez gegenüber der *New York Times*, den Irakern für jede tragbare Boden-Luft-Rakete 500 US-Dollar bieten – bisher mit geringem Erfolg.⁶⁰

Im Gespräch mit der *New York Times* weist Gen. Sanchez ungewollt auch auf eines der grundlegenden Probleme der Besatzungstruppen hin: je massiver sie gegen die Guerillabewegung vorgehen, desto mehr Menschen treiben sie dieser zu. Die brutalen Razzien mit zahlreichen Opfern unter völlig unbeteiligten Personen, die demütigenden Behandlungen, wie stundenlanges Knien mit der unvermeidlichen Kapuze oder Augenbinde, die willkürlichen Verhaftungen und die unerträglichen Haftbedingungen führen selbstverständlich zu einer Radikalisierung der Bevölkerung.⁶¹

Versuche, mit rückkehrenden Exilirakern, die der einstigen sog. „Irakischen Opposition“ angehören, etwas Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen, sind gescheitert, da diese als Marionetten der USA abgelehnt werden. Auch der sogenannte „Regierende Rat“ – ein 25-köpfiges vom US-Statthalter Paul Bremer handverlesenes Gremium, das ihm direkt untersteht, wird vom überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht als provisorische Regierung anerkannt. Seine Zusammenstellung erfolgte anhand ethnischer und konfessioneller Kriterien, auf die Bremer und seine Leute das komplexe gesellschaftliche Spektrum des Iraks reduzierte.⁶² „Mittelalter statt Zivilgesellschaft“ charakterisierte Karl Grobe diese Vorgehensweise in der *Frankfurter Rundschau* tref-

⁵⁷ „Iraq: Pipeline Sabotage and Reconstruction Concerns“, *Stratfor*, 18.8.2003

⁵⁸ „Bush Seeks \$87 Billion and U.N. Aid for War Effort“, *New York Times*, 8.9.2003

⁵⁹ Robert Fisk, „Oil, War and Panic“ a.a.O.

⁶⁰ „To Mollify Iraqis, U.S. Plans to Ease Scope of Its Raids“, *New York Times*, August 7, 2003

⁶¹ Robert Fisk, „The ugly truth of America's Camp Cropper“, *The Independent*, 22 July 2003

<http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=15&ItemID=3947>, siehe auch Ulrich Ladurner a.a.O.

⁶² ICG, „Governing Iraq“, a.a.O. S. 12f

fend.⁶³ Es dominieren in ihm naturgemäß die Kräfte, die bereits vor dem Krieg mit den USA verbündet waren und die, die den angelsächsischen Überfall zwar nicht öffentlich unterstützt, so doch, wie die irakische KP, wohlwollend begrüßt haben. Acht der neun abwechselnden Präsidenten sind Exiliraker oder Kurden. Mit wenigen Ausnahmen, wie dem pro-iranischen „Obersten Rat des islamischen Widerstands“ SCI-RI, der ältesten radikal-schiitischen Partei, DAWA und den beiden kurdischen Organisationen PUK und KDP, verfügen die Ratsmitglieder im Irak über keine nennenswerte Basis.

Selbst der gemäßigte, sich politischen Äußerungen in der Regel enthaltende, ranghöchste schiitische Geistliche im Irak, Ayatollah al-Sistani, sah sich auf Grund der Stimmung im Lande genötigt, eine „Fatwa“ auszusprechen, die dem Rat jegliche Legitimität abspricht und den Gläubigen eine Zusammenarbeit mit dem Gremium verbietet.

Die Zusammenarbeit der US-Vertreter mit den kooperationsbereiten schiitischen Organisationen ist stark von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Auf US-Seite steht einer engeren Allianz vor allem die Ablehnung eines islamistisch geprägten Staates und die Furcht vor einem größeren Einfluss des Iran entgegen.

Das Pentagon setzt beim Aufbau eines geeigneten irakischen Regimes weiterhin lieber auf den zwielichtigen Geschäftsmann Achmed Chalabi, der in Jordanien wegen eines Bankbetrugs in Höhe von 288 Millionen US-Dollar eine 22-jährige Gefängnisstrafe zu erwarten hat, und seinen Irakischen National-Kongress (INC). Seine in der *Washington Post* präsentierten Vorschläge, wie das Land zu befrieden sei, geben eine Vorstellung davon, was von einem Irak unter dem Übergangsrat als souveräner Regierung zu erwarten wäre.

Die Besatzungstruppen sollten, so Chalabi, rasch zu Tausenden alle Baathisten, ehemaligen Sicherheitskräfte und Militärs festnehmen und verhören, ebenso deren Brüder, Neffen und Vettern. Der INC könne entsprechende Listen und Aufenthaltsorte nennen und bei den Verhören assistieren. In einem großen Streifzug sollten Besatzungstruppen die Städte, wo es Widerstand gibt, einkesseln und den Bewohnern ein 48-stündiges Ultimatum stellen, alle Waffen auszuliefern. In Häusern, wo danach noch Waffen gefunden würden, sollten alle männlichen Bewohner inhaftiert werden.⁶⁴

Chalabi und seine Leute sind berüchtigt. Sie hatten in den Jahren zuvor viel von den tendenziösen Falschinformationen geliefert, mit denen der Krieg gerechtfertigt wurde. Seine vom Pentagon trainierte und bewaffnete Miliz, die „Free Iraqi Forces“, trieb nach dem Fall Bagdads so ungeniert nach Mafia-Art ihr Unwesen – u.a. Raubüberfälle, Hausbesetzungen, Autodiebstähle – dass die US-Truppen sie auflösen mussten.⁶⁵

Chalabi drängt, wie eine Reihe anderer Ratsmitglieder, auf eine rasche Übergabe der Regierungsgewalt an den Übergangsrat. Gleichzeitig lehnen er und seine Kollegen auch eine stärkere Rolle der UNO beim Aufbau repräsentativer Strukturen und der Erarbeitung einer neuen Verfassung ab.⁶⁶ Dies ist verständlich, haben sie doch nur solange eine Chance auf eine Beteiligung an der Macht, solange die Organisationen außen vor bleiben, die tatsächlich wesentliche Teile der Bevölkerung repräsentieren. Massenhafte Sippenhaft, Belagerung ganzer Städte und Zusammentreiben verdächtiger Männer, wie von Chalabi vorgeschlagen, und dies noch unterstützt von paramilitärischen Einheiten des INC und der anderen, mit den USA verbündeten, Organisati-

⁶³ *Frankfurter Rundschau* vom 28.08.2003

⁶⁴ Ahmad Chalabi, „The View From Iraq“, *Washington Post*, August 31, 2003

⁶⁵ Gemäß *Reuters* wurden die gesamten „Free Iraqi Forces“ am 25. Mai aufgelöst.

⁶⁶ „Iraqi Council Opposes OIC Call For Larger U.N. Role“, *Islam Online*, 15.10.2003

onen: das „irakische Gesicht“ eines solchen Regimes wäre das altbekannte einer US-gestützten Diktatur, wie wir sie aus Nicaragua, Haiti, Kuba, Vietnam usw. kennen.

Neuordnungspläne – Streit um die Hoheit über den Irak

Ende August ließ Pentagonchef Donald Rumsfeld laut *Financial Times* seinen Mitarbeitern den Film „Die Schlacht von Algier“ zeigen, der von der Niederlage der französischen Besatzungstruppen gegen einen entschlossenen Widerstand in Algerien handelt. Der Film zeige, so die britische Zeitung, dass „ausgefeilte Taktik und überlegene Stärke kein Ersatz für eine kohärente Strategie und internationale Legitimität“ sei. Beides vermisst das Blatt im Irak. Unfähig „die Straßen oder die Grenzen, das Wasser oder die Stromversorgung zu kontrollieren“ seien die alliierten Truppen nicht einmal in der Lage, „die Verbündeten und Institutionen zu schützen, die sie benötigen, um den Irak wiederaufzubauen“: Am 19. August waren bei einem Bombenanschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad der Sondergesandte der UNO, Sérgio Vieira de Mello und zwanzig weitere UN-Mitarbeiter ums Leben gekommen. Zehn Tage später war der SCIRI-Führer Ayatollah Al Hakim unter den 82 Opfer eines ähnlichen Anschlags in Najaf.

Die Anschläge waren auch für viele US-Amerikaner der Beweis, dass die 140.000 im Irak eingesetzten Truppen nicht in der Lage sind, die Situation in den Griff zu bekommen. Als naheliegendste und schnellste Lösung forderten daraufhin einflussreiche US-Politiker eine massive Erhöhung der Zahl eigener Truppen. Führende US-Militärs hatten von Anfang an auf eine größere Truppenstärke gedrängt. Der damalige Generalstabschef der US-Armee, General Shinseki, hatte im Februar 2003 vor dem Kongress angegeben, nach einer erfolgreichen Invasion seien „mehrere hunderttausend Soldaten“ nötig, um den Irak zu „stabilisieren“.⁶⁷

US-Verteidigungsminister Rumsfeld hat – u.a. auch mit dem Hinweis, dass mehr Truppen mehr Ziele für die Guerilla bedeuten – dennoch eine Erhöhung der Truppenstärke bisher strikt abgelehnt. Sie wäre ohne massive zusätzliche Truppenmobilisierungen und Abzug aus anderen Bereichen und Einsatzorten auch gar nicht über einen längeren Zeitraum möglich.⁶⁸ Die Einsatzzeiten im Irak waren ohnehin schon auf mindestens ein Jahr verdoppelt worden, was zu erheblichen Unruhen unter den Soldaten und ihren Angehörigen führte.

Statt zusätzlicher Soldaten will Rumsfeld den Anteil der für Counter Insurgency ausgebildeten Spezialtruppen erhöhen und mehr Iraker rekrutieren. Bisher waren allerdings trotz Arbeitslosigkeit und allgemeiner Not nur wenige irakische Männer dazu bereit.

Internationalisierung der Besatzung

Angesichts der wachsenden Probleme drängen Washington und London auf mehr internationale Unterstützung. Trotz aller Bemühungen waren bisher nahezu alle Versuche gescheitert, bedeutendere Staaten zu einem militärischen oder finanziellen Beitrag im Irak zu bewegen. Viele hatten deutlich gemacht, dass ein Engagement im Irak ohne größere eigene Mitsprache und mehr Autorität für die UNO nicht in Frage komme. Während sich die Mehrheit der Bush-Administration gegen ein solches Entgegenkommen sperrt, wächst auch in den USA die Zahl derer, die eine solche Teil-

⁶⁷ „US troops may stay in Iraq indefinitely“, *Financial Times*, 21.08. 2003 und „Spy Agencies Warned of Iraq Resistance“, *Washington Post*, 9.9.2003

⁶⁸ „Von den insgesamt 33 Kampfteinheiten der US-Armee wurden bereits 16 in den Irak verlegt, bis auf 3 sind auch alle übrigen [...] weltweit im Einsatz.“, Alain Gresh, „Falsche Vorstellung“ a.a.O.

lung der Autorität befürworten.⁶⁹ Diesen geht es nicht nur um mehr Truppen und die Verteilung der explodierenden Besatzungskosten auf mehr Schultern, sondern vor allem auch um eine Änderung des Charakters des Besatzungsregimes.

Die *International Crisis Group*, ein einflussreiches transatlantisches Beratungsgremium, dem viele prominente westliche Politiker und Sicherheitsexperten angehören, hat in ihrem Papier „Das Regieren des Iraks“ detaillierte Vorschläge dazu ausgearbeitet. Sie dürften weitverbreitete Vorstellungen beiderseits des Atlantik widerspiegeln.

Die ICG hält die „Coalition Provisional Authority“ (CPA), wie die Besatzungsbehörde genannt wird, für unfähig, „angemessen für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen und den Irak erfolgreich zu regieren.“ Für unrealistisch hält sie auch, dass der provisorische „Regierende Rat“ unter den aktuellen Bedingungen von den Irakern oder von anderen Staaten als „glaubwürdige, legitime und handlungsfähige Institution“ angesehen werden könne. Die Besatzungsbehörde sei im Irak völlig isoliert und unfähig mit der Bevölkerung zu kommunizieren.⁷⁰

Ein Rückzug der Besatzungsmächte wird auch von der ICG nicht in Betracht gezogen. Eine UN-Mission mit ausreichender Autorität könnte aber, so die Überlegung, hier eine Mittlerrolle und multinationale UN-Truppen aus Ländern, die sich nicht am Krieg beteiligten, geeignete Puffer spielen.

Die UNO sollte Verantwortung für alle zivilen Aspekte der Neuordnung erhalten und den Übergangsrat kontrollieren, der wiederum so viel Regierungsgewalt erhalten sollte, wie möglich. Eine vollständige Übergabe der Macht stünde allerdings erst zur Debatte, wenn die Situation unter Kontrolle sei. Um dies zu erreichen, sollen die Besatzungstruppen in eine multinationale UN-Truppe unter Führung der USA überführt werden. Die Besatzung sei zwar durch den Sicherheitsrat „legalisiert“ worden, doch nötig sei eine zweite Resolution, die sie „legitimiert“ und der UNO ein „klares politisches Mandat“ gebe, so auch die ähnlich argumentierende *Financial Times*.⁷¹

Die Vorschläge zielen vor allem auf das Image des Unternehmens. Sie sollen, so die ICG, die verbreitete „Wahrnehmung“ verringern, die USA wollten den Irak beherrschen und stattdessen das „Bild“ eines breiten internationalen Engagements vermitteln und damit auch den „Eindruck von Rechtmäßigkeit“ in den Augen der irakischen Bevölkerung stärken.⁷² Eine neue UN-Resolution, könne, so auch Pentagonchef Rumsfeld, „einigen Ländern das Gefühl vermitteln, dass es mehr eine internationale Aktivität ist, in der sie engagiert sein werden.“⁷³ Diese Schritte würden den Widerstand, nach Ansicht der ICG, keineswegs eliminieren, sie würden ihn wahrscheinlich aber dämpfen.⁷⁴

Da die führende Rolle der USA nicht in Frage gestellt wird, laufen die Vorschläge auf ein internationalisiertes Besatzungsregime hinaus, unter dem die Neuordnung des Irak weiterhin im wesentlichen nach westlichen, vorwiegend US-amerikanischen Vorstellungen vorgenommen würde. Angesichts der Machtverhältnisse im maßgeblichen Sicherheitsrat würde daran auch eine stärkere Rolle der UNO wenig ändern. Die UNO „als die institutionelle Verkörperung internationaler Legitimität“ soll der – an sich

⁶⁹ In ihren Kommentaren fordern große US-Zeitungen wie die *Washington Post*, die *New York Times* und die *Los Angeles Times* um eine „Lastenteilung“ zu erhalten, auch „Entscheidungsbefugnisse“ und mögliche „Belohnungen“ mit anderen Staaten zu teilen, sowie mehr „politische und wirtschaftliche Autorität der UNO.“ Siehe Peter Rudolf, *Amerikanische Irakpolitik - wie weiter*, Stiftung Wissenschaft u. Politik, SWP-aktuell 36, Sept 2003

⁷⁰ ICG, „Governing Iraq“, a.a.O.

⁷¹ „US troops may stay in Iraq indefinitely“, a.a.O.

⁷² ICG, „Governing Iraq“, S. iii

⁷³ „Rumsfeld Says More G.I.'s Would Not Help U.S. in Iraq“, *New York Times*, 11.9.2003

⁷⁴ ICG, „Governing Iraq“, S. 29

nur wenig modifizierten – Fremdherrschaft nur den nötigen legalen Rahmen verschaffen und realistische Chancen auf einen kontrollierten Übergang von Regierungsgewalt in die „richtigen“ irakische Hände eröffnen.

Die ICG hält daher ihre Vorschläge durchaus auch als für die US-Regierung annehmbar. Das ist einsichtig. Letztlich würde auf diese Weise auch der aus US-Sicht unangenehm kritische Blick der Weltöffentlichkeit auf das Agieren der Besatzungsmächte entschärft. Die Erfahrungen mit dem ersten Krieg gegen den Irak und dem Embargo zeigen, dass mit einem UNO-Cover die internationale Kritik auch im Angesicht von Massenelend und hohen Opferzahlen verhalten bleibt.

Dass sich eine Mehrheit der Iraker mit einer solchen internationalisierten Besatzung anfreunden könnte, ist wenig wahrscheinlich. Sie wäre aber geeignet, dem Widerstand seine Legitimation zu nehmen: Widerstandskämpfer würden sich – zumindest in der westlichen Wahrnehmung – nicht mehr völlig legitim einer offensichtlichen Fremdherrschaft widersetzen, sondern „Friedenssicherungsmaßnahmen“ der „internationalen Staatengemeinschaft“.

Trotz aller Schwierigkeiten kommt für die Hardliner in Washington um Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und dessen Stellvertreter Paul Wolfowitz eine Beteiligung anderer Staaten an der Kontrolle im Irak und am wirtschaftlichen Neuaufbau nicht in Frage. Es würde nicht nur ihren Plänen am Golf zuwiderlaufen, sondern auch einem ihrer zentralen strategischen Ziele, die Vorherrschaft der USA gegenüber allen potentiellen Konkurrenten, zu denen sie auch die Großmächte der EU zählen, auf Dauer zu bewahren.⁷⁵ Da es für sie von eminenter Bedeutung ist, wie die amerikanische Macht im Nahen und Mittleren Osten wahrgenommen wird, sehen sie in einer aus der Not geborenen Internationalisierung nur ein Signal der Schwäche.⁷⁶

Die Bürde gemeinsam tragen

Deutschland und Frankreich hatten Bushs Irak-Feldzug, der sich auch gegen ihre eigenen Interessen im Nahen Osten richtete, nicht verhindern können. Was sie tun konnten, war ein Umfeld zu schaffen, das die politischen und materiellen Kosten des Krieges für die USA in die Höhe treiben würde, in der begründeten Hoffnung, dass der Hegemonialmacht bei ihrem Quasi-Alleingang die Grenzen gezeigt werden.

Es war ein Balanceakt, da beide Staaten das generelle Bündnis mit den USA natürlich nicht in Frage stellen wollten. Insbesondere haben sie auch kein Interesse daran, dass die Vormacht des Westens am Golf völligen Schiffbruch erleidet. Im Gegenteil – im Falle eines Scheiterns im Irak, würde deren Verlust an Einfluss im arabischen Raum auch ihre eigenen vitalen Interessen in der Region gefährden. Die deutsche Regierung hatte daher nach Kriegsbeginn nie einen Hehl daraus gemacht, dass in ihren Augen ein Scheitern der Aggressoren – Völkerrecht hin oder her – eine Katastrophe wäre. Die Folgen wären „zunehmende Instabilität ..., sowie Gefährdung der Energieversorgung Mitteleuropas“, war auch in der *Frankfurter Rundschau* zu lesen.⁷⁷

Die Wochenzeitung *Die Zeit* wird noch deutlicher: „'Kein Blut für Öl' kann man leicht sagen, solange andere bereit sind, es zu vergießen; die amerikanische Übermacht am Persischen Golf ... bleibt vitales deutsches Interesse.“⁷⁸

Die Bush-Regierung setzt genau auf diese Interessengemeinschaft, wenn sie Unterstützung im Irak auch ohne größere Mitsprache fordert. Diese erhielt sie ja bereits, als nach Kriegsende die einstigen Kriegsgegner mit der Resolution 1483 die Besat-

⁷⁵ Siehe die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2003

⁷⁶ Siehe auch Peter Rudolf a.a.O.

⁷⁷ „Europas Verantwortung“, *Frankfurter Rundschau*, 12.09.2003

⁷⁸ „Bundeskanzler - Ratlos nach New York“, *Die Zeit*, 39/2003

zungsmacht zur verwaltenden „Autorität“ des Irak erklärten, deren Herrschaft somit völkerrechtlich anerkannten und damit den völkerrechtswidrigen Krieg im nachhinein legitimierten.⁷⁹ Noch ganz unter dem Eindruck des schnellen militärischen Erfolgs der Aggressoren, so scheint es, wollte sich keiner durch erneute Opposition weiter ins Abseits begeben, sondern die Chancen auf eine Beteiligung an der Neuordnung des eroberten Landes wahren.⁸⁰ Sie gaben mit der Zustimmung zur Resolution 1483 auch den Anspruch der UNO auf, als Einzige legitimiert zu sein, die Kontrolle über das zerstörte Land zu übernehmen und wieder zurück in die Souveränität zu führen. Sie lieferten es stattdessen ohne zeitliche Begrenzung der Willkür der Invasoren aus. Sie hatten sich damit auf eine schiefe Ebene begeben, auf der sie den US-Interessen nun immer weiter entgegenglitten.

Sie kamen den USA weitere Schritte entgegen, indem sie mit der Resolution 1500 den von der Besatzungsbehörde eingesetzten Übergangsrat aufwerteten. Die arabische Liga ging danach noch einen Schritt weiter. Sie ließ auf massiven Druck der USA den Gesandten des „Regierenden Rats“ als Vertreter des Iraks an einem Außenministertreffen der arabischen Liga teilnehmen, obwohl dieser Rat bisher von keinem der Länder anerkannt wurde. Damit war auch der Weg zur Teilnahme des Irak an der nächsten OPEC-Sitzung geebnet wodurch nun die USA – ihr schärfster Gegner – über einen Sitz in der Organisation verfügt.

Washington legte im Herbst eine Reihe von Entwürfen für eine weitere UN-Resolution vor. Obwohl sie ihren zögerlichen Verbündeten sprachlich immer wieder etwas entgegenkamen, blieben die Entwürfe im Kern gleich: Schaffung „einer multinationalen Streitmacht unter einheitlichem Kommando“ – selbstverständlich einem US-amerikanischen – und finanzielle Unterstützung anderer Staaten beim „Wiederaufbau“. Die UNO solle eine „vitale“ Rolle spielen, die aber, bei genauer Betrachtung auf Hilfsdienste in verschiedenen Bereichen beschränkt bleibe. Sie wird aufgefordert ihr Hauptaugenmerk auf die „Förderung des nationalen Dialogs und der Bildung eines Konsens über den politischen Übergangsprozess“ zu legen und die „Interimsregierung“ beim Aufbau repräsentativer Institutionen, sowie bei der Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft zu „unterstützen“.⁸¹

Frankreich und Deutschland fordern eine etwas andere Gewichtung der Verantwortlichkeiten. Die UNO und nicht Bremers CPA solle die Kontrolle über den Übergang zu einer souveränen und demokratisch gewählten Regierung im Irak übernehmen, hieß es in einem von Frankreich und Deutschland im Sicherheitsrat vorgelegten Papier. Sie drängen auf eine Regierungsübergabe innerhalb „von Monaten und nicht von Jahren.“ Eine Eindämmung des Widerstands sei unmöglich, so der französische Präsident Jacques Chirac gegenüber der *New York Times*, solange die Besatzungsmacht die unmittelbare Herrschaft über das Land behalten und begründete dies unter anderem auch mit den französischen Erfahrungen in Algerien.⁸²

Die USA wollen sich auf keinen Zeitplan für die Übergabe der Regierungsgewalt in irakische Hände festlegen und diesen Prozess in alleiniger Regie vollziehen. Zunächst soll unter ihren Fittichen eine neue Verfassung ausgearbeitet werden. Ein Vorgehen, dass auch bei Mitgliedern des Übergangsrat auf scharfen Protest stieß:

⁷⁹ Werner Ruf, „UN-SR-Res. 1483 - Die Unterwerfung“, *INAMO* 34/Sommer 2003

⁸⁰ „Als Bagdad gefallen war, konnte man in Frankreich die Meinung hören, es sei nun Zeit, sich den ‚Siegern‘ anzuschließen. In diesem Sinne stimmte Paris am 22. Mai 2003 im Sicherheitsrat für die Resolution 1483“, Alain Gresh, „Falsche Vorstellung“, a.a.O.

⁸¹ Wortlaut gemäß *BBC* vom 4.9.2003, http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/3081052.stm,

„Berlin und Paris legen eigene Irak-Resolution vor“, *afp*, 10.9.2003

⁸² Interview der *New York Times* mit Jacques Chirac vom 22.9.2003

das zäume das Pferd von hinten auf, eine Verfassung könne nicht unter Besatzung verabschiedet werden.⁸³

Ein baldiger Rückzug der angelsächsischen Besatzungstruppen wird von Berlin und Paris nicht gewünscht. Da sie auch ihre Forderung, nach einer „wahren internationalen Truppe“ unter UN-Kontrolle, angesichts der unnachgiebigen Haltung Washingtons wieder fallen ließen, wird die irakische Souveränität eher symbolisch bleiben. Dies wird auch durch den Vorschlag Chiracs deutlich, im Irak ein System ähnlich dem einzuführen, das sie bereits gemeinsam in Afghanistan praktizieren. Auch da bleiben die Invasionstruppen nach einem völkerrechtswidrigen Krieg auf unbestimmte Zeit im Land und halten mit Hilfe von weiteren ausländischen Truppen unter UN-Mandat den vom Westen eingesetzten Präsidenten an der Macht.

Trotz der US-Hörigkeit des „Regierenden Rates“ würden sie aber von einer Übertragung der Regierungsgewalt auf ihn profitieren, da mit dem Ende der direkten Herrschaft das Entscheidungsmonopol der USA durchbrochen würde.

Hartnäckiger bleiben Deutschland, Frankreich und auch Russland mit ihren Forderungen nach Kontrolle und Mitsprache der UNO – und somit auch für sich selbst – bei der Verwaltung aller Gelder, die für den wirtschaftlichen Aufbau des Iraks bestimmt sind. Das würde insbesondere auch Mitsprache in der strittigsten Frage beinhalten, wer in Zukunft die Kontrolle über die Ölindustrie und die Ölressourcen ausüben wird. Da es vor der sogenannten Geberkonferenz für Irak, Ende Oktober in Madrid, auch in dieser Hinsicht kein Entgegenkommen gab, signalisierten die drei und auch viele andere Staaten sich mit finanziellen Zuwendungen vorerst zurückzuhalten.

Mit der UN-Resolution 1483, die das Besatzungsregime faktisch anerkennt, wurde auch die Bildung eines *Entwicklungsfonds für Irak* (DFI) beschlossen, bei dem die Milliarden für den Aufbau des Iraks – auch aus dem Öllexport – zusammenlaufen sollen. Die Verfügungsgewalt wurde in die alleinigen Hände der Besatzungsbehörde gelegt. Ein *Internationaler Überwachungsbeirat* aus Vertretern der UNO, der Weltbank und des IWF sollte aber als Beratungs- und Aufsichtsbehörde für eine gewisse Transparenz sorgen. Doch auch im Oktober war dieser *Überwachungsbeirat* noch nicht in Sicht, da seine Zusammenstellung von US-Chefverwalter Bremer hintertrieben wurde. Die Einnahmen und Ausgaben in den Entwicklungsfonds werden stattdessen von einem Gremium überwacht, das die Besatzungsbehörde selbst eingesetzt hat. Diesem gehört nur ein einziger Iraker, „Finanzminister“ Kamal al-Kilani, an, der als US-abhängiger Außenseiter gilt – die Besatzungsbehörde kontrolliert sich also selbst.

„Die UNO weiß absolut nichts über das Management des DFI“, so das *Iraq Revenue Watch Project* (IRW) des Open Society Institute von George Soros. Als Beispiel über die gängige Praxis nennt es den Fall, wo ein 360-Seiten-Konvolut, dass der UNO zur Begutachtung mit 24-Stunden-Frist vorgelegt und dann im Irak als Gesetz eingeführt worden war – mit dem Vermerk: "UN-geprüft".⁸⁴ Wie die britische Hilfsorganisation *Christian Aid* Ende Oktober meldete, hatte die Besatzungsbehörde bis dato nur über die Verwendung von einer der fünf Milliarden Dollar Rechenschaft abgelegt, die im wesentlichen aus dem früheren Öl-für-Nahrungsmittel-Programm und beschlagnahmten irakischen Guthaben stammten. Vier Milliarden Dollar rein irakischen Geldes sind so *Christian Aid* also offenbar in dunklen Finanzkanälen verschwunden. Transferiert auf von den USA kontrollierte „undurchsichtigen Bankkonten“ der Zivilverwaltung.⁸⁵

⁸³ "U.S. Pushes Iraq Resolution at Security Council", *Washington Post*, 2.10.2003

⁸⁴ *Keeping Secrets: America and Iraq's Public Finances*, Iraq Revenue Watch Project, Open Society Institute October 2003, <http://www.iraqrevenuewatch.org/>, s. auch *Frankfurter Rundschau* v. 23.10.2003

⁸⁵ AP, 23. Oktober 2003

Irak – „Front im Kampf gegen Terrorismus“

Die Bush-Regierung nutzte konsequent die Anschläge auf die UN-Zentrale in Bagdad und die Imam-Ali-Moschee in Nadjaf, um argumentativ die Gefahr einer Ausbreitung terroristischer Gewalt in den Vordergrund zu rücken.⁸⁶ Obwohl auch diese Gewalt offensichtlich eine Folge der Besatzung ist, wird sie in der Mitte Oktober verabschiedeten UN-Resolution zur Rechtfertigung ihrer Fortsetzung verwandt. Die Resolution 1511 nimmt gleich zu Beginn auf diese Attentate Bezug und gedenkt ausführlich der ausländischen und irakischen Opfer, die dabei ums Leben kamen – angesichts Zehntausender Iraker, die von US-amerikanischen Bomben getötet wurden, ein kaum zu überbietender Zynismus. Mit der „Bedrohung von Frieden und Sicherheit durch terroristische Akte“ legitimiert die Resolution schließlich die Umwandlung des angloamerikanischen Besatzungsregimes in einen multinationalen Kampfeinsatz nach Kapitel VII der UN-Charta.

Die US-Regierung versucht auch in der Öffentlichkeit die hässliche Realität der illegalen Besatzung durch das Bild eines Landes zu verdrängen, das im blindwütigen Terror zu versinken droht. Indem Angriffe auf die Besatzungstruppen und Sabotage mit den Terroranschlägen auf Zivilisten vermengt und zudem in Verbindung mit Anschlägen in anderen Ländern gebracht wird, versuchen sie ihre Besatzungspolitik als Verhinderung der „Ausweitung des Terrors“ und so als gemeinsames Anliegen der „internationalen Staatengemeinschaft“ darzustellen.

Nicht ohne Erfolg, wie nicht nur Resolution 1511 zeigt: die Besatzung an sich, Ergebnis eines unstrittig völkerrechtswidrigen Krieges, wird von europäischen Politikern und Medien kaum noch problematisiert. Während aus Sicht der meisten Iraker, die gefährlichsten ausländischen Terroristen in britisch und amerikanischen Uniformen stecken, besteht in Europa breiter Konsens, dass eine Unterstützung der angelsächsischen Truppen bei der „Stabilisierung“ des Iraks ein gemeinsames internationales Anliegen ist.

Just als die CIA zugeben musste, keinerlei Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden zu haben, bekräftigen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der französische Präsident Jacques Chirac in direkten Gesprächen mit dem US-Präsidenten, die „Meinungsverschiedenheiten“ über den Kriegskurs der USA hätten sich erledigt. Man müsse nun nach vorne schauen, so Schröder. In einem Artikel für die *New York Times*, der den Boden für einen wohlwollenden Empfang bei George W. Bush bereiten sollte, bot er an, „die Last im Irak zu teilen.“ In Aussicht gestellt wurde neben finanziellen Hilfen, vor allem die Ausbildung neuer, US-loyaler Polizisten und Soldaten.

Die Hoheit der USA über den Irak wird nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt. Selbstverständlich sollen auch aus deutscher und französischer Sicht, die USA – als „größter Truppensteller“ das militärische Oberkommando über die geplanten UN-Truppen im Irak erhalten. Die Forderung nach einer größeren Autorität für die UNO wird zwar aufrechterhalten, einen Streit deswegen sollte es aber nicht mehr geben.

Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete schließlich am 16. Oktober einstimmig den vom US-Außenminister ein letztes Mal sprachlich überarbeiteten Resolutionsentwurf, obwohl letztlich keine der maßgeblichen Forderungen berücksichtigt wurde. Frankreich, Deutschland und Russland bekräftigten in einem separaten Statement ihre Unzufriedenheit mit der Rolle, die den Vereinten Nationen eingeräumt wurde und schlossen die Entsendung eigener Truppen aus.

⁸⁶ Siehe hierzu auch J. Guilliard, „Herrschaft durch Destabilisierung“, *Marxistische Blätter*, 05/2003

Weltherrschaft durch kreative Zerstörung

Es gehe den USA darum, im Irak "ein demokratisches Modell zu schaffen, das als Inspiration für den Rest des Mittleren Osten dienen wird," so die neue Begründung des Krieges durch einen seiner Architekten, Paul Wolfowitz, nach dem die Waffenfunde im Irak ausblieben.⁸⁷

Davon ist das Land, wie wir gesehen haben, weit entfernt. Dies ist eine herbe Enttäuschung für all jene, die an einen Krieg ohne größere Opfer glauben mochten, bei dem der Schaden gegenüber dem Nutzen – Sturz Saddam Husseins und Aufbau eines „demokratischen Irak“ – vernachlässigbar sei. Eine „Demokratisierung“ im eigentlichen Sinne, war aber nie zu erwarten gewesen. Schließlich hatte die US-Administration keine Zweifel daran gelassen, dass sie ihre detaillierten Pläne für die Neuordnung des Landes, wie die Einführung einer radikalen neoliberalen Marktwirtschaft, nach dem Sturz des alten Regimes auf alle Fälle umsetzen würden. Die wesentlichen Weichen sollten – so oder so – gestellt sein, lange bevor Iraker zum ersten Mal an die Wahlurnen gehen können.⁸⁸ Es war auch klar, dass die Besatzungstruppen bleiben werden, bis die Gegner einer solchen Politik ausgeschaltet sein würden – und darüber hinaus. Mit dem Bau von vier permanenten Militärbasen wurde bereits begonnen, dazu gedacht, die militärische Reichweite des US Imperiums langfristig auszuweiten. Es ist klar, dass auch diese, die irakische Souveränität unabhängig der weiteren Entwicklung dauerhaft einschränken werden.

Wenn auch die neokonservativen Strategen hinter Bush, den Wind der ihnen im Irak entgegen blasen wird, wohl unterschätzt hatten, so ist es doch unwahrscheinlich, dass sie von der Situation tatsächlich völlig überrascht wurden. Die US-Geheimdienste jedenfalls hatten eindringlich vor erheblichem bewaffneten Widerstand gegen eine Besatzung gewarnt. Der generelle Tenor der Geheimdienstberichte sei gewesen, berichtete die *Washington Post*, dass die Nachkriegsphase problematischer als der Krieg sein werde und dass auf dieser Basis Generalstabschef Shinseki auch vor dem Kongress, für die Besatzung wesentlich mehr Truppen veranschlagte, als für die Invasion. Es sei die politische Führung im Pentagon, d.h. der neokonservative Klüngel um Rumsfeld und Wolfowitz, gewesen, die ihren „optimistischen Ansatz“, wonach „die US-Truppen von der Bevölkerung euphorisch begrüßt werden würden“ autoritativ als Basis für die Nachkriegsplanung durchsetzte.⁸⁹

Jeder, der sich ernsthaft mit der Stimmung im Lande beschäftigte, wusste dass US-Amerikaner und Briten bei der Mehrheit der Iraker alles andere als willkommen sein werden.

Die Falken in Washington hätten aber ihr wichtigstes außenpolitisches Etappenziel – die Eroberung des Iraks – wohl kaum erreicht, hätten sie die realistischen Nachkriegsszenarien und die möglichen Folgekosten ehrlich angekündigt.

Angesichts der bekannten Abneigung der „Neokonservativen“ gegenüber „Nation Building“, hatte ein rascher Wiederaufbau des Iraks vermutlich keine Priorität. Schon die Art und Weise wie die Besatzung begann – mit ungezügelter Plünderungen und organisierten Brandstiftungen, sowie der kompletten Auflösung der irakischen Armee – legt nahe, dass es für die Strategen, die seit Jahren auf die Besetzung des Landes hinarbeiteten, zumindest zweitrangig war, wann es im Irak wieder geordnete Verhältnisse geben wird.

⁸⁷ "Wolfowitz Shifts Rationales on Iraq War", *Washington Post*, 12.9.2003

⁸⁸ „Bremer's comments indicated that Iraqis would most likely not be deciding for themselves what kind of economy will replace the state-planned system“, in: "Bremer Shifts Focus to New Iraqi Economy", *Washington Post*, 27.5.03

⁸⁹ "Spy Agencies Warned of Iraq Resistance", *Washington Post*, 9.9.2003

Die strikte Weigerung Rumsfelds, die Truppenstärke in Richtung der von den führenden Generälen geforderten Stärke zu erhöhen, an der sich auch nach den Anschlägen auf die UNO und in Nadjaf nichts änderte, deutet ebenfalls auf andere Prioritäten hin. „Wir können nicht in jedem Winkel Iraks für Sicherheit sorgen“ war seine zynische Antwort auf die Vorwürfe von UN-Generalsekretär Kofi Annan, die USA hätten zuwenig für die Sicherheit des UN-Hauptquartiers getan. Deutlicher kann man kaum die Geringschätzung der Vereinten Nationen und ihrer Bemühungen um eine Linderung der Not im Lande ausdrücken. Das Pentagon verweigert die Zuständigkeit für die Wiederherstellung einer gewissen Ordnung. Die soll es erst geben – so die klare Botschaft – wenn sich die Iraker der Besatzungsmacht unterwerfen und unter ihrer Hoheit selbst um Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung kümmern: Die irakische Bevölkerung könne sich entscheiden, ob sie mit dem „Rest der Welt“ den „Weg zur Demokratie beschreiten“ oder „im jetzigen Chaos verharren“ wolle, so der US-Verteidigungsminister. Sie könne beispielsweise den Besatzern endlich die dringend benötigten Informationen über die Widerstandskämpfer liefern, forderte etwa Generalstabschef Richard Myers.⁹⁰

Viele Iraker wie auch kritische internationale Beobachter vor Ort vermuten, die USA fördern das herrschende Chaos und etablieren Machtzentren lokaler Stammes- oder Religionsführer. Deren „Ordnung“ könnte „sich eventuell als nicht weniger tyrannisch herausstellen als das vorherige Regime“.⁹¹

Die irakische Gesellschaft hat sich traditionell nicht nach ethnischen oder konfessionellen Kriterien definiert. Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten und auch zwischen Kurden und Arabern spielten stets eine untergeordnete Rolle. Für die Mehrheit waren soziale und wirtschaftliche Interessen wichtiger für die politische Orientierung, die nationale Identität kam überwiegend vor der konfessionellen.⁹²

Durch eine entsprechende Politik können allerdings, vor allem in einem Klima wachsender Gewalt, ethnische und religiöse Gruppenidentitäten massiv verstärkt werden, wie das ehemalige Jugoslawien deutlich vor Augen führt. So droht die Besetzung aller provisorischen Gremien – von den Stadträte bis hin zum „Regierenden Rat“ – nach ethnisch-religiösem Proporz die Trennungslinien zwischen den Bevölkerungsgruppen zu verschärfen. Die Entscheidung, bei der Bildung des Übergangsrats „eine auf Konfession und Volkszugehörigkeit beruhende Aufteilung“ vorzunehmen, hat den „Prozess der Bildung einer nationalen Regierung im Irak auf potentiell gefährliche Weise verändert“, urteilt auch die *International Crisis Group* und befürchtet, dass der Irak damit schon auf „den Weg einer Libanonisierung“ gebracht wurde. „Eine solche Konfessionalisierung anzuwenden ist verheerend und könnte ein gefährliches Beispiel abgeben“, so auch Prof. Isam al-Khafaji, ein von seiner Position zurückgetretener irakischer Berater des US-Außenministeriums. Umso mehr sich politische Repräsentation entlang ethnisch und konfessioneller Zugehörigkeit etabliere, umso mehr werden Iraker sich politischen Organisationen anschließen, die sich entlang dieser Linien definieren. Die „Politisierung religiöser und ethnischer Risse“ so die ICG, gefährde die territoriale Integrität Iraks und seinen säkularen Charakter.⁹³

Konflikte entlang ethnischer und religiöser Trennungslinien gibt es bereits im kurdisch dominierten Norden, wo die Vertreibung arabischer und turkmenischer Familien

⁹⁰ „Rumsfeld Says More G.I.'s Would Not Help U.S. in Iraq“, *New York Times*, 11.9.2003

⁹¹ „Kareem M. Kamel, From Mongols to Marines: The New Ugly Empire“, *Islam Online*, 15.4.2003

⁹² Siehe ICG, „Governing Iraq“, a.a.O., sowie Wilfried Buchta, „Post-Baath-Unordnung – Die irakische Schia danach“, *INAMO* 34, Sommer 2003

⁹³ ICG, „Governing Iraq“, a.a.O., S. 16, „Iraqi Shiites, Sunnis and Kurds do not form homogenous political or sociological categories. In fact, accepting such oversimplified notions ... complicating the task of preserving Iraq's territorial and political integrity, threatening its secular character ...“. ICG, „War in Iraq: Political Challenges After the Conflict“, 25.3.2003, pp. 26-27

schon im vollen Gange ist. Mehr als 45.000 mussten nach Angaben der französischen Organisation „Première Urgence“ bereits in Flüchtlingslagern im Zentralirak untergebracht werden, immer wieder berichten die Medien über bewaffnete Zusammenstöße zwischen den kurdischen Peshmergas und turkmenischen Milizen. Das Ziel dieser Vertreibungen hat Massud Barzani, Vorsitzender der KDP, der mächtigsten kurdischen Organisation, in einem Interview mit der *Frankfurter Rundschau* deutlich ausgesprochen: die historischen Grenzen seien seit „20.000 Jahren“ allgemein bekannt. Um die kurdische Bevölkerungsmehrheit auf den gesamten beanspruchten Gebieten herzustellen, müssen die Anderen gehen. So sollen z.B. die arabischen Familien, die sich in den letzten 40 in Kirkuk ansiedelten, mit Unterstützung der Besatzungsmacht vertrieben werden.⁹⁴ Es droht hier also eine Entwicklung wie im Kosovo unter der NATO und der UCK.

Massive Spannungen durch gegenseitige Schuldzuweisungen, entstanden auch zwischen Schiiten und Sunniten, aber auch zwischen rivalisierenden schiitischen Kräften durch den verheerenden Anschlag in Nadjaf und nachfolgende kleinere auf Moscheebesucher. Führende schiitische Geistliche forderten daher ihre Anhänger eindringlich auf, sich nicht von den „Feinden des Iraks“ gegeneinander hetzen zu lassen.⁹⁵

Ein Zerfall in verschiedene Regionen und Einflussgebiete und eine damit einhergehende Destabilisierung der angrenzenden Länder, würde durchaus im Interesse der mächtigen Kreise in den USA liegen, die sich die Unterwerfung der ganzen Region auf die Fahne geschrieben haben. Schon jetzt werden Syrien und Iran mit den Vorwürfen bedroht, den irakischen Widerstand zu unterstützen. Besonders Syrien, das mehrfach schon in Grenznähe Ziel US-amerikanischer Angriffe war, droht nun auch militärisch ins Kreuzfeuer der USA und Israels zu geraten.

Eine „Afghanistanisierung“ wäre, so die Militärexperten von *Stratfor*, auch eine mögliche Antwort auf den wachsenden Widerstand im Lande. Das hieße, Rückzug in gut bewachte, auf strategisch wichtige Punkte verteilte Militärbasen, „während man erlaubt, dass sich die politische Situation am Boden selbst ausspielt. Zulassen, dass die Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten zu einem Bürgerkrieg explodieren und manipulieren jeder Seite zum Vorteil der USA.“ Kann eine Vereinheitlichung des Widerstands verhindert werden, könne man mit den dadurch frei werdenden Truppen, sich auch wieder „militärisch auf Nachfolgeoperationen in Syrien, Iran oder sonst wo“ konzentrieren.⁹⁶

Hier könnte sich uns somit die volle Bedeutung des in den Strategiepapieren der Neokonservativen verwendeten Begriffs der „kreativen Zerstörung“ erschließen, die einer ihrer Wortführer, Michael Ledeen, so erläuterte: „Stabilität ist ein Auftrag, der Amerikas nicht würdig ist ... Wir möchten keine Stabilität im Iran, im Irak, in Syrien, im Libanon, und sogar in Saudi-Arabien möchten wir keine Stabilität; Wandel wollen wir. ... Kreative Zerstörung ist unsere zweite Natur, ob es unsere Gesellschaft betrifft oder das Ausland.“⁹⁷

Hinter dem irakischen „Chaos“ könnte sich somit eine gewisse Strategie verbergen, wie trotz wachsendem Widerstand auch mit begrenzten Kräften das Land im Griff gehalten werden kann. Verhältnisse wie einst im Libanon oder aktuell in Afghanistan würden die erhofften wirtschaftlichen Möglichkeiten und Profite empfindlich schmälern.

⁹⁴ „Die Araber sollten Kurdistan wieder verlassen“, Massud Barzani über Siedlungspolitik in Nordirak, Identitätsfindung und türkische Friedenstruppen, *Frankfurter Rundschau*, 16.09.2003

⁹⁵ J. Guilliard, „Herrschaft durch Destabilisierung“, a.a.O.

⁹⁶ „U.S. Counterinsurgency Strategies in Iraq“, a.a.O.

⁹⁷ Michael Ledeen, *The War Against the Terror Master*, St. Martin's Press, 2002 und „Creative Destruction - How to wage a revolutionary war“, *National review online*, 20.9.2001, <http://www.nationalreview.com/contributors/ledeen092001.shtml>

lern, aber, so das Kalkül der Strategen in Washington, nicht auf Dauer blockieren. Selbst fortgesetztes Chaos stellen, wie im Kongo zu beobachten ist, keine unüberwindlichen Geschäftshindernisse dar. Eine solche Situation hat für viele auch ihre Vorteile: je weniger Staat, desto mehr Freiheiten ergeben sich für die internationalen Unternehmen.

Auch in bürgerkriegsähnlichen Situationen sei, so Vertreter des Pentagons, ein Zugriff auf den Ölreichtum möglich. Dies zeige das Beispiel Kolumbien, wo das Problem von Sabotage an Pipelines schließlich auch gemeistert werden konnte. „Wir müssen nicht auf den Mond zielen“, zitierte der *Stratfor* einen Sicherheitsexperten angesichts des Unvermögens die Guerilla auszuschalten, „alles was wir tun müssen, ist nur etwas Öl zu pumpen.“⁹⁸

Der Schutz der Anlagen im Süden konnte im Laufe des August verbessert werden, was die Hoffnung Washingtons nährt, bald auch die neuen Ölfelder, unweit der Grenze zu Saudi Arabien in Angriff nehmen zu können. Bezüglich deren Erschließung hatte die alte Regierung zwar bereits Verträge mit ausländischen Konzernen, vor allem russischen und französischen abgeschlossen, aus US-Sicht sind diese nun aber nichtig. In Erwartung anhaltender Probleme im zentralen Teil des Iraks, werden hierzu bereits neue Transportrouten auf kürzestem Weg nach Saudi Arabien erörtert.⁹⁹ Dadurch könnte der Teil des Iraks, der tatsächlich unter strenger Kontrolle stehen muss, relativ klein gehalten werden.

Schließlich bieten Krieg und Besatzung schon an sich nicht nur Rüstungskonzernen hohe Profitmöglichkeiten: Eine Reihe großer US-Unternehmen mit engen Verbindungen zur Regierung, wie etwa Halliburton, Bechtel und DynCorps, hat sich bereits Einnahmen in Milliardenhöhe für Aufträge wie den Bau und Unterhalt von Militärbasen, den Wiederaufbau der Infrastruktur, die Reparaturen an den Ölproduktionsanlagen, und Sicherungsaufgaben gesichert.¹⁰⁰ Unabhängige Experten schätzen, dass bis zu einem Drittel der monatlichen 3,9 Milliarden Dollar Besatzungskosten an private Firmen gehen.¹⁰¹

Es geht im Irak „um Öl, um Israel, um die Unterwerfung des Nahen Ostens und ein paar Dinge mehr...“, so Oliver Fahrni. „Vor allem aber um ein Modell: Weltherrschaft durch »kreative Zerstörung« (PNAC¹⁰²), durchorganisiertes Chaos. Das ist nicht sogleich einsichtig, weil es mit unserem Weltbild kollidiert: Macht, denken wir gründe auf Law & Order; imperiale Hegemonie brauche (und erzwingt) Stabilität. Doch Konfliktforscher wissen: Chaos ist manchmal die effizientere Herrschaftsform. Im permanenten Bürgerkrieg können Ressourcen umverteilt, Gesellschaften umgebaut werden ohne den langen Weg politischer Konsensfindung zu gehen.“¹⁰³

Fazit

Anhaltendes Chaos, Bürgerkrieg und Zerfall, dieses bei weitem schlimmste Szenario für die Zukunft des Irak, ist eine reale Gefahr, aber sicherlich nicht zwangsläufig. Da die anderen internationalen Akteure der US-Politik wenig entgegensetzen, wird die weitere Entwicklung überwiegend davon abhängen, ob es den wichtigsten gesellschaftlichen Kräften im Irak gelingt, gravierende Spaltungen innerhalb der irakischen

⁹⁸ „Iraq: Pipeline Sabotage and Reconstruction Concerns“, *Stratfor*, Aug 18, 2003

⁹⁹ „Iraqi Oil Production: The Bright Side of the Penny“, *Stratfor*, 5.9.2003

¹⁰⁰ „The value of Halliburton Co.'s contract to restore Iraq's oilfields has risen to \$1.4 billion, according to government data posted Wednesday ... the costs are unavoidable because looting and sabotage have delayed efforts to get Iraq's oil production up to prewar levels.“ *AP*, 1.10.2003

¹⁰¹ „Halliburton's Deals Greater Than Thought“, *Washington Post*, August 28, 2003

¹⁰² PNAC, „Project for a new american Century“. Wichtigster Think Tank der Neokonservativen

¹⁰³ Oliver Fahrni, „Weltherrschaft durch ‚kreative Zerstörung‘“, *INAMO* 34/Sommer 2003

Gesellschaft zu verhindern und über ideologische und konfessionelle Grenzen hinweg eine gemeinsame Politik gegen die Besatzung zu entwickeln.

Vorbedingung eines jeden realistischen Weges aus der aktuellen Misere ist der Rückzug der Invasionstruppen im Rahmen eines klaren, knappen Zeitplans. Erst dann können die Vereinten Nationen tatsächlich Verantwortung für die Reorganisation des Landes übernehmen, ohne als Teil der Besatzungsmacht angesehen zu werden. Erst dann auch gibt es eine realistische Chance, innerhalb dieses Zeitplans, die relevanten irakischen Kräfte in eine Übergangsregierung auf breiter Basis einzubeziehen – von radikalen Schiiten bis zu Strömungen der alten Regierungspartei. Dies scheint für all die, die unter der Diktatur litten oder einen starken islamischen Einfluss fürchten, kaum hinnehmbar. Doch auch in Südafrika beispielsweise, wurde ein unblutiger Übergang nur durch schmerzliche Kompromisse möglich. Die von Kofi Annan und seinem Berater, dem ehemaligen libanesischen Kultusminister Ghassan Salam Anfang Oktober vorgebrachten Vorschläge gehen in diese Richtung.¹⁰⁴ Je mehr politische Kräfte hingegen ausgeschlossen blieben, desto größer wäre die Gefahr eines Bürgerkrieges. Die oft als Argument für eine längere Präsenz der Besatzungstruppen ins Feld geführte Gefahr einer Rückkehr des alten Regimes, ist unter den aktuellen Kräfteverhältnissen im Irak zu vernachlässigen.

Jede internationale Unterstützung für das Besatzungsregime legitimiert den US-Anspruch auf den Irak. Wesentlich für die internationale Bewegung gegen den Krieg wird daher nun sein, sich allen Hilfeleistungen für die US-amerikanische Besatzungspolitik entgegenzustellen – sie verlängern das Leid der Menschen im Irak und auch der ausländischen Soldaten.

Die weitere Entwicklung des zivilen wie militärischen Widerstands im Irak wird nicht nur entscheidend für die Zukunft des Landes selbst sein. Sie wird einen wesentlichen Einfluss darauf haben, in welchem Maße die USA ihre aggressiven Pläne gegenüber anderen Ländern weiter verfolgen können.¹⁰⁵ Die Unterstützung des Widerstands ist zu einer unmittelbaren Aufgabe der Antikriegsbewegung geworden.

¹⁰⁴ Siehe "Annan Outlines Plan For U.N. Role in Iraq", *Washington Post*, 1.10.2003

¹⁰⁵ Auch das Internationale *Institut für Strategische Studien* (IISS) in London schätzt, dass der Irak die US-Regierung auch im nächsten Jahr so beschäftigen wird, dass dadurch „Energien für Konfliktlösungen in anderen Teilen der Welt gelähmt seien.“ (*Frankfurter Rundschau*, 15.10.2003.)



Herausgeber der IMI-Studie 2003/05 „Irak – Die neue Phase des Krieges“ ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Die Studie spiegelt nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.

Adresse: Hechinger Str. 203, 72074 Tübingen
 www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de
 Tel 07071/49154, Fax 07071/49159

Tübingen/Heidelberg, November 2003